

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



freitag, 24. maerz 1972

blatt 721

im medizinisch fachdienst gibt es keine nachwuchssorgen

5 wien, 24.3. (rk) im grossen festsaal des direktionsgebäudes im allgemeinen krankenhaus erhielten freitag 29 medizinisch-technische assistentinnen von gemeinderat herbert d i n h o f (in vertretung von vizebuergemeister hans bock) ihre diplome ueberreicht. zwei von ihnen hatten ihre ausbildung mit auszeichnung abgeschlossen.

die schule fuer den medizinischen fachdienst, im jahr 1961 gegruendet, gehoert zu jenen sozialausbildungsstaetten, die keine nachwuchssorgen haben. schon jetzt liegen fuer das schuljahr 1972/73 zwei voranmeldungen auf. der derzeitige erste jahrgang zaehlt 67, der zweite jahrgang 37 schueler.

1034

neue zuericher verkehrstarife

1 wien, 24.3. (rk) der stadtrat von zuerich hat neue verkehrstarife beschlossen, mit denen die teuerung ausgeglichen werden soll. auch in zuerich wurde dabei das gesamte tarifsysthem diskutiert und man entschloss sich zu einer 'tarifnivellierung'. das neue zonensystem bedeutet, dass manche billiger, andere wieder teurer als bisher fahren werden. im gesamten erwartet sich die stadverwaltung mehreinnahmen von 15 millionen franken (rund 90 millionen schilling).

das netz wurde in zonen zu je etwa 3,5 kilometer laenge eingeteilt. der normalfahrchein gilt fuer zwei zonen und kostet nunmehr 80 rappen (rund 4,80 schilling). nach dem bisherigen kurzstreckensystem kostete eine gleiche fahrt bisher 70 rappen.

in zuerich gibt es die sogenannten abonnementkarten, die im prinzip unseren vorverkaufsfahrcheinen entsprechen. sie wurden am staerksten verteuert, weil zugleich mit einer dem normalfahrchein entsprechenden verteuerung der rabattsatz von bisher 20 bis 30 prozent auf nunmehr 10 prozent herabgesetzt wurde. das bedeutet zum beispiel, dass das gelbe abonnement bisher 7 franken (rund 42 schilling) gekostet hat und zu 13 fahrten berechnigte, waehrend es nunmehr 8 franken (rund 48 schilling) kostet und fuer elf fahrten gilt. wochenkarten wurden abgeschafft, ebenso die monatskarten fuer montag bis freitag. es gibt nunmehr monatskarten, entsprechend den wiener streckenkarten, die von montag bis samstag gelten und 48 franken (rund 288 schilling) kosten, sowie monatskarten, die an allen tagen gelten und 53 franken (318 schilling) kosten.

0916

bezirksvertretungssitzung in der kommenden woche

4 wien, 24.3. (rk) in der kommenden woche findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

donnerstag, 30. maerz: 16 uhr, ottakring, richard wagnerplatz 19, 1. stock, sitzungssaal.

0947

hugo adolf bernatzik zum gedenken

3 wien, 24.3. (rk) auf den 26. maerz faellt der 75. geburtstag des bekannten voelkerkundlers univ.-prof. dr. hugo adolf bernatzik, der 1897 in wien als sohn des bedeutenden staatsrechtslehrers professor dr. edmund bernatzik geboren wurde.

hugo adolf bernatzik konnte erst nach ende des ersten weltkrieges studieren, lernte an der hochschule welthandel und war zuerst in der industrie taetig. als ethnologischer sammler unternahm er schon im jahre 1923 in nordmarokko seine erste ethnologische forschungsfahrt, fuehrte 1925 eine jagdexpedition in ostafrika und 1927 eine ethnographisch-zoologische forschungsreise in das gebiet zwischen dem weissen nil und belgisch-kongo. ende der zwanziger jahre wandte er sich endgueltig seinem wissenschaftlichen hauptgebiet, der voelkerkunde, zu, studierte ethnologie und anthropologie und promovierte 1932 zum dr. phil. 1929 war er in albanien, 1930/31 in portugiesisch-guinea und hatte schon eine anzahl interessanter reise- und tierbuecher veroeffentlicht. 1933/34 war er in australien, den salomonen, neuguinea und indonesien, 1935 bereiste er lappland und 1936 hinterindien, um die primitivstaemme im inneren birmas und siams zu studieren. bereits 1936 hatte er sich als dozent fuer ethnologie und anthropologie an der grazer universitaet habilitiert, wurde 1939 zum a.o. professor an der universitaet graz ernannt und widmete sich nun vollkommen der wissenschaftlichen auswertung seiner frueheren forschungsreisen. 1939 gab er auch unter mitarbeit von 14 fachgelehrten das dreibaendige sammelwerk 'die grosse voelkerkunde' heraus, ein weiteres zweibaendiges sammelwerk 'afrika. handbuch der angewandten voelkerkunde', an dem 32 wissenschaftler mitgearbeitet hatten, wurde vor der drucklegung durch einen bombentreffer vernichtet und musste von bernatzik nach dem kriege in muehseliger arbeit rekonstruiert werden (erschiene 1947). 1949/50 unternahm er zusammen mit seiner frau emmy und seiner aeltesten tochter ingrid eine flugreise zu den berberstaemmen marokkos in der nordwestlichen sahara. auf dieser reise zog er sich ein leberleiden zu, das nicht mehr geheilt werden konnte. am 9. maerz 1953 starb er in wien.

keine verkehrsmassnahmen in der kommenden woche

6 wien, 24.3 (rk) in der karwoche werden keinerlei neue strassenbauarbeiten begonnen, sodass es auch zu keinen neuen verkehrsbehinderungen kommen wird. lediglich am gruendonnerstag muss, so wie schon in der ablaufenden woche, im bereich des suedautobahn-auffahrt von der triester strasse wegen eines brueckenbaues von 9 bis 15 uhr eine einengung in kauf genommen werden.

1022

die sendung des wiener buergermeisters

7 wien, 24.3. (rk) morgen samstag spricht buergermeister felix s l a v i k um 13.20 uhr in oesterreich-regional in der sendung des wiener buergermeisters ueber den beginn der strassenbausaison

1024

preisguenstige gemuese- und obstsorten

8 wien, 24.3. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: kraut 3 bis 4 schilling, kohl 5.50 bis 6.50 schilling je kilogramm, gurken 5 bis 6 schilling, grundsalat 3 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 7 schilling, birnen (qualitaetsklasse 1) 6 bis 7 schilling, orangen 6 bis 7 schilling, bananen 7 bis 8 schilling je kilogramm.

1044

Wiener Gemeinderat
=====

Wien, 24.3. (RK) Vorsitz: Bürgermeister Felix Slavik.
Anfragen: Acht von der DFP, drei von der FPÖ, vier von der ÖVP. Für eine Anfrage der ÖVP betreffend den Staatskommissar bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und für eine Anfrage der DFP betreffend die Rattenplage auf öffentlichen Bau- stellen wurde die Besprechung beantragt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt.

Anträge: Von der DFP betreffend die Sonderstellung des Landes Wien im Gesundheitswesen, die Kennzeichnung von Brücken, die Kennzeichnung von Haltestellen der Autobus- und Straßen- bahnlinien, die Vorlage eines Luftverbesserungsplanes, eine Reinigungsaktion in den Wiener Grünanlagen; von der FPÖ betreffend die Abberufung des Aufsichtsrates der Hafendienstgesellschaft, die Asphaltierung eines Teilstückes der Neulinggasse, die Zusammenlegung der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Gemeinde Wien mit der Betriebskrankenkasse der Wiener Verkehrs- betriebe, die Schaffung einer Verkehrslichtsignalanlage auf dem Johann Nepomuk Berger-Platz und die Einberufung des Natur- schutzbeirates bis 15. Mai; von der ÖVP betreffend Förderung des Spitzensports und die Gefährdung der Oberen Alten Donau durch den Bau einer Autobahnbrücke. Die Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Wochenschau

GR Gawlik (SPÖ) beantragte eine Subvention von 1,5 Millionen Schilling für die Austria-Wochenschau.

GR Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) wandte sich dagegen, daß aus dem Kulturbudget Mittel für Wochenschauaufnahmen genommen werden, die zur Propaganda bestimmt seien.

Vbgm. Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) stellte fest, daß diese Mittel nicht aus dem sogenannten "Kulturtopf" genommen werden, sondern aus den Rücklagen der Stadt. Es gehe auch nicht um eine Werbung für die Gemeindepolitiker, sondern darum, die Geschehnisse in dieser Stadt chronologisch aufzuzeichnen. In

einer Zeit, in der oft die Sensation und das Negative Vorrang habe, sei es sehr wichtig, auch das Positive aufzuzeigen.

GR Gawlik erklärte, es sei auch notwendig, den Bestand der einzigen österreichischen Wochenschau zu sichern.

Abstimmung: Von SPÖ und ÖVP angenommen.

Grundverkauf

GR. Edlinger (SPÖ) beantragte den Verkauf eines städtischen Grundstückes in Grinzing an Prof. Robert Stolz, den bekannten Operettenkomponisten.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) sprach sich im Namen seiner Fraktion gegen diesen Verkauf aus. Begründung: Das Grundstück, das an Prof. Stolz' Besitz grenzt, liege im Wald- und Wiesengürtel. Selbst wenn man die Verdienste des bekannten Komponisten in Betracht ziehe, sei ein Verkauf nicht gerechtfertigt. Gegen eine Verpachtung hätte seine Fraktion nichts einzuwenden gehabt.

GR. Edlinger stellte im Schlußwort fest, daß die Widmung ländliches Gebiet erhalten bleibe und es nicht einzusehen sei, warum die Stadt Wien einem Mann, der soviel durch seine Musik für Wien getan habe, nicht entgegenkommen will.

Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und DFP angenommen.

Investitionskredite

Einstimmigkeit herrschte beim nächsten Antrag, der die Aufstockung von Investitionskrediten für gewerbliche Betriebe vorsah und von GR. Schreiner (SPÖ) referiert wurde. Die Gemeinde Wien stellt der Zentralsparkasse zu einem Zinssatz von einem Prozent pro Jahr weitere 30 Millionen Schilling zur Verfügung. Dadurch erhöhen sich die Mittel dieser Kreditaktion auf insgesamt 365 Millionen Schilling.

GR. Paulas (SPÖ) betonte die Bedeutung dieser und anderer Kredite für die Wiener Wirtschaft. Gerade die neuerliche Kreditaufstockung beweise die Haltlosigkeit der Anschuldigungen, die von einer schlechten Anlage des Geldes der Stadt Wien sprachen.

GR. Neusser (ÖVP) deponierte, daß seine Partei die Leistungen der Stadtverwaltung auf dem Kreditsektor immer anerkannt habe. Seine Anregung: höhere Kreditrahmen auch für Handel und Gewerbe, nicht nur für den Fremdenverkehr.

Waschküchen

Über die Modernisierung der Wohnhauswäscherei in der städtischen Wohnhausanlage 12, Betty Roose-Weg 1, referierte GR. Maria Szöllösi (SPÖ). Der Kostenaufwand beläuft sich auf 2,450.000 Schilling, als Baurate für 1972 sind 1,5 Millionen vorgesehen.

Als Debattenredner stellte GR. Dr. Tuma (DFP) die Frage, ob nicht andere Maßnahmen dringender sind als die Modernisierung der Waschküchen; in Eigentumswohnbauten habe sich gezeigt, daß Gemeinschaftswaschküchen oft nur zu 50 Prozent ausgenutzt werden.

GR. Szöllösi replizierte, daß die Modernisierung der Waschküchen eine echte Erleichterung für die Hausfrauen darstelle und dem Washtag den Schrecken nehme. Außerdem sei die Umstellung auch im Sinne des Umweltschutzes zu begrüßen, weil die alten, mit Kohle geheizten Kessel durch Waschmaschinen ersetzt werden, die mit Gas oder Strom betrieben werden.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Fernheizanschluß

GR. Pöder (SPÖ) beantragte, die Installations- und Bauarbeiten für den Anschluß des alten Allgemeinen Krankenhauses an die Fernheizleitung aus der Spittelau mit Gesamtkosten von 25 Millionen Schilling (Baurate 1972: fünf Millionen).

GR. Müller (DFP) fragte, ob zu den Bauvorhaben überhaupt eine Rentabilitätsberechnung angestellt wurde und beklagte ganz allgemein den Mangel an Information. Dennoch gab Müller seine Zustimmung.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) übte Kritik an der Planung und rief die große Debatte über den Kontrollamtsbericht aus dem Jahr 1971 in Erinnerung. Bei Betrachtung der heutigen, völlig veralterten Heizanlagen in dem "alten Haus" komme der Antrag um Jahre zu spät. Dr. Wolfram stimmte jedoch für seine Partei ebenfalls zu.

Im Schlußwort verwies GR. Pöder darauf, daß das "alte Haus" noch mindestens zehn Jahre in vollem Betrieb gehalten werden muß, bis der Neubau vollendet sein wird. Die Investitionen in das alte AKH seien auch ein wesentlicher, gar nicht in Geld ausdrückbarer Beitrag zur Luftreinhaltung.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Studie Wiental

Planungsstadtrat Ing. Fritz Hofmann (SPÖ) beantragte ~~sodann~~, eine Architektengemeinschaft mit der Ausarbeitung einer städtebaulichen Studie "Unteres Wiental" zu beauftragen. Diese Untersuchung sei deshalb notwendig und vordringlich, weil der ~~Ausbau~~ der Wiental-Straße, die nun eine Bundesstraße geworden sei, sowie die Umstellung der Stadtbahn auf die U-Bahn Auswirkungen auf das gesamte Wiental und seine Umgebung haben würde. Die Kosten für diese Arbeiten betrügen 2,080.000 Schilling.

Als einziger Debattenredner begrüßte GR. Hanke (SPÖ) dieses Vorhaben, das er als einen sehr bedeutenden Beitrag für die Wiener Stadtforschung bezeichnete. Das Untersuchungsgebiet reiche vom Gaudenzdorfer Knoten bis zum Donaukanal und beherberge rund 130.000 Menschen. Es sei zudem ~~Vorsorge~~ getroffen, daß diese Architektengruppe mit einer anderen, die eine gleichartige Untersuchung für das Gebiet des Donaukanales durchführe, entsprechend koordiniert vorgehen werde. Im Untersuchungsgebiet seien zudem überalterte, assanierungsbedürftige Viertel mit slumartigen Merkmalen, für deren Strukturänderungen eben Vorschläge erwartet würden. Sehr wichtig sei es zudem, vorhandene Grünflächen nicht nur zu erhalten, sondern auszuweiten, um auch der Durchlüftungsfunktion des Wientales für das ganze Stadtgebiet Rechnung zu tragen.

Abstimmung: Einstimmig. angenommen.

Subventionen

StR. Schweda (SPÖ) legte die dritte Subventionsliste des Jahres 1972 vor, die Subventionen von 386.500 Schilling vorsieht.

Abstimmung: Von SPÖ, ÖVP und FPÖ genehmigt.

./.

Museumsdepot

Vbgm. Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) beantragte 6,255.000 Schilling für den Umbau des einstigen Dorotheumsgebäudes Schanzstraße 14 im 15. Bezirk zum neuen Depot des Historischen Museums der Stadt Wien. Das Museum verfügt über reiche Schätze, die nicht zur Gänze im Gebäude auf dem Karlsplatz untergebracht werden können. Derzeit gibt es zwei Außendepots im 12. und 20. Bezirk, die nach der Übersiedlung in die Schanzstraße aufgelassen werden können, da dort 4.500 Quadratmeter Lagerraum zur Verfügung stehen. Das Gebäude im 20. Bezirk, eine ehemalige Schule, wird dem Bund für die Einrichtung einer neuen Allgemeinbildenden höheren Schule zur Verfügung gestellt werden.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) bezeichnete diesen Antrag als außerordentlich erfreulich. Das vorgesehene Gebäude sei durch seine hallenartige Räume sehr gut geeignet. Das neue Zentraldepot biete den Vorteil einer exakten wissenschaftlichen Erschließung der vorhandenen reichen Schätze, die man dort besser übersehen, pflegen und konservieren könne.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Neue Magistratsabteilungen

StR. Dkfm. Hintschig (SPÖ) beantragte eine Änderung der Geschäftseinteilung, mit der vor allem den ständig steigenden Anforderungen der Stadtplanung, des U-Bahn-Baus und des Hochwasserschutzes Rechnung getragen werden soll.

Die MA 18 (Stadt- und Landesplanung) wird sich künftig nur mehr mit den grundsätzlichen Aufgaben beschäftigen und die Bezeichnung "Stadtstrukturplanung" erhalten. Für die Detailarbeit wird eine MA 47 mit der Bezeichnung "Flächenwidmungs- und Bebauungsplan" geschaffen. Die MA 29 (Brücken- und Wasserbau) wird sich künftig nicht mehr mit dem U-Bahn-Bau befassen, dafür wird eine MA 38 mit der Bezeichnung "U-Bahn-Bau" geschaffen.

Die Kompetenzen für den Altstadterhaltungsfonds werden der MA 7 (Kulturamt) übertragen, die Kompetenz für die Vorschreibung von Kanaleinmündungsgebühren wird von der MA 4 (Allgemeine Finanzverwaltung) zu den MAs 35, 36 u. 37 (Baupolizei) verschoben.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) sagte, er nehme diesen Antrag mit Genugtuung zur Kenntnis, da er schon vor drei Jahren eine eigene Abteilung für den U-Bahn-Bau verlangt habe. Die Vorlage sei aber nur Stückwerk. Man sollte zum Beispiel die MA 7 entflechten und einige kleinere Abteilungen zusammenlegen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage

Eine dringliche Anfrage der ÖVP, betreffend den Staatskommissär bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, begründete GR. Dr. Habl (ÖVP): Dipl. Kfm. Franz Bauer, der im Einvernehmen zwischen dem Wiener Bürgermeister und dem Bundeskanzleramt als Staatskommissär zur Ausübung der staatlichen Aufsicht über die "Z" bestellt wurde, sei auch Prokurist der "Consultatio. Revisions- und Treuhand-Ges.m.b.H." - weitere Gesellschafter Finanzminister Dr. Androsch und Ehefrau. Dabei müsse er Interessen wahrnehmen, die mit der anderen Funktion unvereinbar seien.

Die "Consultatio" betreue als Kunden beziehungsweise Klienten auch eine Reihe gemischt-wirtschaftlicher Gesellschaften der Stadt Wien, wie zum Beispiel die Hafengebäude-Ges.m.b.H., die Heizbetriebe und die J. Odelga-Ges.m.b.H. Diese Unternehmen wiederum seien auch Darlehensnehmer bei der Zentralsparkasse, wo Dipl. Kfm. Franz Bauer Staatskommissär ist. Die unvereinbare Verflechtung zwischen den wirtschaftlichen Interessen und den aufsichtsbehördlichen Pflichten Dipl. Kfm. Bauers ließen die Dringlichkeit der Anfrage gerechtfertigt erscheinen.

Bürgermeister Slavik wird gefragt, ob ihm diese Umstände bekannt sind, wenn ja, warum er dies für tragbar halte, wenn nein, ob er bereit sei, Dipl. Kfm. Franz Bauer abzurufen und einen geeigneten **unabhängigen Fachmann** zu bestellen.

Als Kontraredner hatte sich GR. Adalbert Busta (SPÖ) zu Wort gemeldet. Er führte aus: Als Dr. Androsch zum Staatskommissär-Stellvertreter der Zentralsparkasse seinerzeit bestellt wurde, lag die Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen selbstverständlich vor.

Finanzminister war zu dieser Zeit - es war 1968 - der heutige Klubobmann der Österreichischen Volkspartei im Parlament, Prof. Dr. Koren. Dem Bundesministerium für Finanzen war bekannt, daß Dr. Androsch zum Zeitpunkt seiner Bestellung Wirtschaftsprüfer und Treuhänder war. Dennoch bedeutete dieser Umstand für das Finanzministerium keinen Grund, die Zustimmung für seine Bestellung zu verweigern. Das Ministerium stellte lediglich die Bedingung, daß "der Genannte keine wie immer geartete Funktion bei einem Kreditunternehmen bekleidet oder während der Dauer seiner Bestellung als Staatskommissär-Stellvertreter bekleiden wird". Daraus ergibt sich meiner Meinung, daß eine weitere Bedingung nicht zu stellen war und daher auch nicht gestellt wurde. Gleiches muß aber für den heutigen Staatskommissär Dkfm. Bauer gelten. Tatsache ist, daß der Magistrat der Stadt Wien dem Bundesministerium für Finanzen davon Mitteilung gemacht hat, daß Herr Dkfm. Franz Bauer eine Befugnis als selbständiger Steuerberater besitzt und daß der Genannte überdies derzeit als Kanzlei-Verweser im Witwenfortbetrieb Hannes Androsch beeideter Buchprüfer und Steuerberater und als Prokurist bei der Consultatio Revisions- und Treuhandgesellschaft mbH tätig ist.

Die Anfrage bringt daher keinerlei neue Umstände und Tatsachen zutage, sie bringt nichts, was nicht schon bisher bekannt gewesen wäre.

Meiner Meinung nach kann daher die beantragte Dringlichkeit nicht als gegeben angenommen werden. Die ÖVP-Vertreter im Verwaltungsausschuß der Zentralsparkasse haben selbstverständlich alle diese Umstände gewußt, haben sie bisher nie in Diskussion gezogen und sind auch voll informierte Mitglieder des Geschäftsführungsorgans der Zentralsparkasse. Die Zentralsparkasse hat durch ihre Satzung, die vom Gemeinderat der Stadt Wien erstellt wurde, nicht einen Aufsichtsrat, sondern einen Verwaltungsausschuß, der das geschäftsführende Organ darstellt. Die Mitglieder in diesem Verwaltungsausschuß werden vom Wiener Gemeinderat gewählt. Das Mitglied, welches am längsten nun dem Verwaltungsausschuß angehört und daher auch über sehr große Erfahrungen verfügt, ist Ihr Parteifreund Dr. Ebert, den ich außerordentlich wegen seiner Sachlichkeit in diesem Gremium, nämlich der Zentralsparkasse, und seiner Integrität schätze.

Ich muß daher diese Anfrage nicht nur als eine politische Maßnahme, die vor allem aus Publicitywirkung gesetzt wird, sondern auch als einen persönlichen Angriff auf meinen im Ver- ./.

waltungsausschuß sitzenden Kollegen Dr. Ebert betrachten. Ich kann in dieser Anfrage nichts weiter als einen Akt der Österreichischen Volkspartei im Rahmen eines zwar nicht sehr guten, aber auch nicht sehr umfangreichen Konzepts betrachten, das letztlich keine andere Aufgabe und keine andere Zielrichtung zu haben scheint, als gegen Einrichtungen der Stadt Wien und ihr nahestehende Institutionen zu hetzen. Im gegebenen Fall, glaube ich, werden die schlechten Absichten deutlich, wie selten zuvor.

Politik ist die Kunst des Möglichen und hat andere Aufgaben als die Erbringung des Nachweises, bestimmte periodische Publikationen gelesen zu haben und danach Aktivitäten zu setzen. Zusammenarbeit basiert auf dem guten Willen mehrerer, ein gemeinsames Werk zu schaffen und in gemeinsamer Arbeit Verantwortung zu übernehmen.

Ich kenne das politische Konzept der ÖVP für eine Zusammenarbeit im Wiener Gemeinderat nicht - ich sehe nur die Handlungen, insbesondere in der letzten Zeit, die hier von Ihnen getätigt werden.

Meine persönliche Meinung dazu ist, kurz ausgedrückt: Auf eine Zusammenarbeit dieser Art, die sich auf Verdächtigungen von Einrichtungen und öffentlichen Funktionären unserer Stadt Wien und ihr nahestehender Institutionen beschränkt, verzichte ich lieber heute als morgen (Beifall bei der SPÖ).

Abstimmung: Dem Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ-Fraktion die Dringlichkeit aberkannt.

Rattenplage

Die Anfrage der DFP, betreffend die Rattenplage auf öffentlichen Baustellen, begründete GR. Dr. Tuma (DFP) durch die Schilderung mehrerer Vorfälle, in deren Verlauf Ratten gesichtet wurden. Nächst dem Westbahnhof könne man Ratten beobachten, die selbst während der abendlichen Verkehrsspitzen zur Tränke laufen. Auf dem Karlsplatz seien Ratten um 17 Uhr von Passanten bei der Haltestelle der Straßenbahnlinien 67 und 62 gesichtet worden.

Abstimmung: Besprechung der Anfrage mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Gemeinderat (Nachlese)
=====

Wien, 24.3. (RK)

Unter den 78 Anträgen, die vom Gemeinderat ohne Debatte einstimmig genehmigt wurden, waren Subventionen für den PEN-Club, die Internationale Bruckner-Gesellschaft, das Theater der Jugend, die Grillparzer-Gesellschaft, das Internationale Institut für Musik, Tanz und Theater in den audio-visuellen Medien und die Hörbücherei des Verbandes der Kriegsblinden. Für die denkmalpflegerische Instandsetzung des Alten Rathauses wurden die Mittel um 3.250.000 auf 53,500.000 Schilling erhöht. Für die Schullandheimaktion des Stadtschulrates und für die Landaufenthaltsaktion für Befürsorgte und Ausgleichszulagenbezieher wurden die nötigen Beträge bereitgestellt. Neben zahlreichen Grundstückskäufen, Änderungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, Einbauten von Aufzügen und Modernisierungen von Waschküchen in Gemeindebauten wurden auch Vorarbeiten für den Umbau und Ausbau der Ostbahnbrücke über den Donaukanal sowie Planungsarbeiten für den U-Bahn-Bau im Bereich Praterstern beschlossen.

- - -

zum 25. mal:

hausgehilfinnen-ehrung im rathaus
wiens 'perlen' werden immer weniger

15 wien, 24.3 (rk) kommenden diensttag, den 28. maerz, werden im wiener rathaus zwei hausgehilfinnen fuer ihre langen und treuen dienste durch die stadt wien geehrt. die beiden 'perlen' sind frau adele h e i d und frau adelheid e r n s t, die beide bereits auf eine mehr als 25jaehrige dienstzeit bei ein- und derselben familie zurueckblicken koennen.

die ehrungen von hausgehilfinnen mit 25jaehriger dienstzeit durch die stadt wien gehen auf einen gemeinderatsbeschluss des jahres 1947 zurueck, werden also heuer bereits zum 25. mal durchgefuehrt.

seit damals hat allerdings die zahl der in wien taetigen hausgehilfinnen stark abgenommen, so dass ihr berufsstand heute zu den ausgesprochenen mangelberufen gehoert. gab es vor zehn jahren noch 10.497 'perlen', so betrug ihre zahl im vorjahr nur noch 4.228, um anfang des heurigen jahres auf 3.897 personen abzusinken.

geehrte redaktion !

wir laden sie herzlich ein, fotoreporter und berichterstatter zu dieser hausgehilfinnenehrung zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: diensttag, 28. maerz, 13 uhr

ort: ziehrerstueberl des rathauskellers.

1208

klederinger strasse gespernt

18 wien, 24.3 (rk) wegen gleisarbeiten der oebb und einer anschliessenden strassensanierung muss die klederinger strasse im bereich des unbeschrankten bahnuebergangs der donaulaendebahn - etwa ein kilometer westlich schwechat - von samstag, 15 uhr, bis sonntag, 24 uhr, gespernt werden. fuer pkw ist eine oertliche umleitung durch schilder gekennzeichnet, der lkw-verkehr wird bereits in simmering, oberlaa, rothneusiedl und schwechat durch hinweistafeln vorzeitig abgelenkt.

1346

gastarbeiter aus pocken-gebiet in wiener quarantaene

11 wien, 24.3. (rk) seit dem bekanntwerden des auftretens der pockenerkrankung in jugoslawien hat das gesundheitsamt der stadt wien besondere vorsichtsmassnahmen in kraft gesetzt. stadtphysikus dr. ermar j u n k e r ordnete an, dass saemtliche gastarbeiter, die seit maerz in oesterreich eingereist sind, einer genauen kontrolle durch das gesundheitsamt unterzogen werden.

am 23. maerz erschien im zuge dieser untersuchungen der gastarbeiter kukelas g j e r s , der aus dem pockenort djakovica an der albanischen grenze stammt. er war am 12. maerz bei spielfeld/strass nach oesterreich eingereist und wurde im gastarbeiter-quartier liesing untergebracht. obwohl der gastarbeiter mit allen vorgeschriebenen impfungen versehen und bei bester gesundheit ist, liess der stadtphysikus den arbeiter nach ruecksprache mit dem gesundheitsministerium in die quarantaene-station im kaiser franz josef-spital bringen. auch heute zeigt der gastarbeiter keine anzeichen einer moeglichen erkrankung. der kreis, mit dem gjers in kontakt gekommen ist, wird von beamten des gesundheitsamtes ueberwacht.

1152

osterfreude fuer kinder:

laemmer und kaninchen in vier parks

10 wien, 24.3. (rk) fuer grosstadtkinder ist das immer wieder eine kleine ''sensation'': vor ostern, heuer bereits ab mittwoch naechster woche, werden im kongresspark, tuerkenschanzpark, stadtpark und donaupark vier mutterschafe, vier laemmer und fuenf kaninchen zu sehen sein. ausserdem wird das stadtgartenamt zusaetzlich zu den bereits ausgesetzten und teilweise schon bluehenden krokussen und narzissen 240.000 fruehlingsblumen in den parkanlagen und 20.000 tulpen in toepfen aussetzen. auch werden saemtliche brunnen in den staedtischen gartenanlagen in betrieb genommen. in den kommenden wochen beginnt dann die fruehjehrsauspflanzung in grossem stil: 5.000 baeume, 30.000 straeucher und 6.000 rosenstoecke stehen auf dem programm.

1134